

LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
193 · Ausgabe BL·BS · März 2021



BS und BL: Bestens geeignet für einen gemeinsamen «Mobility-Pricing-Pilot»

Der Bundesrat hat kürzlich kommuniziert, dass er das Konzept des Mobility Pricings in verschiedenen Städten in der Schweiz prüfen will, und die rechtlichen Grundlagen für Pilotversuche zum Mobility Pricing in die Vernehmlassung geschickt. Die Einführung eines Mobility Pricings hat das Potenzial, das Mobilitätsverhalten mit Blick auf den Klimaschutz und eine optimierte Nutzung der Verkehrsinfrastrukturen nachhaltig zu beeinflussen. Eine Modellierung für den Kanton Zug hat gezeigt, dass mit einer preislichen Steuerung der Mobilität der Individualverkehr in der Hauptverkehrszeit um 9 bis 12 Prozent und die Auslastung des öffentlichen Verkehrs um 5 bis 9 Prozent gesenkt werden könnte. Dies hätte sowohl eine positive Wirkung auf den CO₂-Ausstoss als auch auf den Ausbaubedarf bei den Verkehrsinfrastrukturen.

Beim Studium der Dokumente des Bundes gewinnt man allerdings den Eindruck, dass mit Mobility Pricing vor allem eine neue Finanzierungsquelle für den Strassenbau gesucht wird. Diese neue Finanzierungsquelle soll die mit zunehmender Elektromobilität sinkenden

Einnahmen aus der Mineralölsteuer kompensieren.

Basel-Stadt hat sich beim UVEK für ein Pilotprojekt gemeldet. Noch ist aber nicht klar, welche Projekte realisiert werden. Die Machbarkeitsstudien sollen bis 2022 vorliegen. Sie laufen parallel zum Gesetzgebungsprozess, damit die Pilotprojekte rasch starten können, sobald das neue Gesetz 2024 in Kraft tritt.

Gemeinsames Vorgehen gewünscht

Wichtig ist uns, dass unsere beiden Kantone gemeinsam vorgehen. In Basel-Stadt hat die Regierung bereits beschlossen, sich für einen Pilotversuch zu bewerben, in Basel-Land noch nicht. Deshalb hat die SP im Landrat einen Vorstoss eingereicht, in dem sie die Regierung bitet, die Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt zu suchen und gemeinsam an einem Pilotversuch teilzunehmen.

Die daraus resultierenden Erkenntnisse könnten auf nationaler Ebene mithelfen, das Modell des Mobility Pricings weiterzuentwickeln. Dabei muss die ernsthafte Suche nach einer zukunftsweisenden und ökologischen Verkehrssteuerung in urbanen Siedlungsräumen



Thomas Noack, Landrat



Jean-Luc Perret, Grossrat

im Zentrum stehen und nicht die Suche nach einer neuen Geldquelle für den Strassenbau.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen für den Pilotversuch die richtigen Randbedingungen formuliert und dann als relevante Fragestellungen untersucht werden. Aus Sicht der SP müssen folgende Ziele gesetzt werden:

- Mobility Pricing muss primär die regionalen mobilitätsspezifischen Ziele unterstützen.
- Mobility Pricing muss dazu beitragen, die Kostenschere zwischen immer teurerem ÖV und immer billigerem MIV zu schliessen.
- Um die Attraktivität des ÖV nicht zu mindern und Mobility Pricing sozialverträglich auszugestalten, dürfen die Preise für den ÖV auch in Stosszeiten nicht steigen. Falls Mobility Pricing auch im ÖV zu einer Glättung der Verkehrsspitzen führen soll, müssen die Tarife zu Randzeiten gesenkt und nicht jene zu Spitzenzeiten angehoben werden.
- Mobility Pricing muss zwingend eine Rückverteilung der Mittel an die ökologischen Mobilitätsformen (ÖV, Fuss- und Veloverkehr) beinhalten, um das Ziel der Verlagerung effektiv zu erreichen.



ÖV FÜR ALLE

ÖV für alle!

FÜR EINEN NACHHALTIGEN VERKEHR, EIN VERNETZTES BASELBIET UND EINEN STARKEN SERVICE PUBLIC.

Die JUSO Baselland arbeitet mit ihrem nächsten Initiativprojekt an lokalen Lösungen für die globale Klimakrise. Die Initiative «ÖV für alle» steht für umweltschonende Mobilität ein und befindet sich in der Sammelphase. Das U-Abo soll von allen im Baselbiet wohnhaften natürlichen Personen an allen Verkaufsstellen des TNW kostenlos bezogen werden können.

Der Klimawandel stellt uns vor grosse Herausforderungen. Für eine Senkung des CO₂-Ausstosses ist es nötig, dass sich die Personenströme vom Individualverkehr verstärkt auf den öffentlichen Verkehr verlagern. Wenn die Nutzung des öffentlichen Verkehrs gratis ist, werden ausserdem Menschen mit schwachen finanziellen Mitteln entlastet.

Wir alle sind darauf angewiesen, dass wir uns frei, sicher und einfach fortbewegen können. Ob für die Pendler*innen zu Stosszeiten oder für den Sonntagsausflug mit der gan-

zen Familie, der öffentliche Verkehr im Baselbiet muss für alle Mobilität ermöglichen. Der motorisierte Individualverkehr verstopft Verkehrsachsen, schadet der Umwelt und ist eine enorme Lärmbelastung. Zudem werden Blaulichtorganisationen durch regelmässige Staus behindert. Die Verlagerung auf die Schiene beziehungsweise auf den Bus ist effizienter und kommt uns allen zugute.

Der öffentliche Verkehr ist ein wichtiger Teil des Service public. Anstatt steigenden Ticketpreisen brauchen wir einen öffentlichen Verkehr für alle. Mobilität ist ein Grundbedürfnis, welches uns allen unabhängig vom eigenen Portemonnaie ermöglicht werden muss. Alle Generationen sollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, und gerade in einem ländlichen Raum wie dem Baselbiet ist der öffentliche Verkehr dafür essenziell.

Anna Holm, Präsidentin JUSO BL

UNTERSTÜTZUNG FÜR DAS SEKI-TEAM

Neuer Projektleiter Mitgliedergewinnung und Sektionsaufbau



Liebe Leserinnen und Leser

Falls ihr jemals ein Beispiel für einen Quereinsteiger benötigt, dürft ihr gerne auf mich verweisen. Denn quer eingestiegen bin ich inzwischen schon mehrfach in meiner etwas kurvigen Laufbahn. Das Verhältnis zwischen Quer- und Lineareinstiegen in meiner beruflichen Entwicklung liegt inzwischen bei etwa 5 zu 2.

Seit der Musikmatur und dem anschliessenden Musikstudium habe ich mich vor allem quer weiterentwickelt. Vom Musiklehrer zur Kommunikationsagentur, dann zum Tontechniker und nun via Kommunikationsstudium zur Sektionsbetreuung der SP Baselland.

Neben dieser kurvigen Linie gibt es eine gerade in meinem Leben, und das ist meine Familie mit meiner Partnerin und unseren zwei kleinen Kindern, deren Betreuung wir uns quer in der Mitte aufteilen.

Aber ob quer oder längs: Ich freue mich sehr auf die Aufgabe bei der SP Baselland! Und ich bin guten Mutes, dass wir in diesem Projekt mit eurer Hilfe eine schnurgerade Erfolgsgeschichte schreiben werden.

Sebastian Schlegel

AGENDA SP BL

- **Mittwoch, 14. April 2021, 19.15 Uhr**
Koordinationskonferenz
Online
- **Samstag, 17. April 2021, 13.30 Uhr**
Geschäftsdelegiertenversammlung
Online
- **Samstag, 8. Mai 2021**
Ersatzveranstaltung Bildungsweekend
Voraussichtlich online – weitere Infos folgen
- **Donnerstag, 20. Mai 2021**
Kassiertreffen
Voraussichtlich online – weitere Infos folgen
- **Samstag, 29. Mai**
Sammelsamstag Initiative
«Gebührenfreie Kitas für alle Familien»
Ganzer Kanton Baselland

Ein Team dankt ab

Liebe Melanie, lieber Pascal, lieber Beda

Vielen Dank für eure engagierte Arbeit für die SP Basel-Stadt. Ihr habt die Partei professionell und mit viel Herzblut geleitet. Von 2017 bis 2019 verstärkte Kerstin Wenk euer Team, und im Januar 2020 ist Melanie Nussbaumer dazugestossen. Ihr seid in beiden Konstellationen immer als Team unterwegs gewesen und habt die Aufgaben zusammen gemeistert. Aber auch in schwierigen Situationen oder bei Fehleinschätzungen, wie sie jedem hin und wieder unterlaufen, habt ihr euch der Kritik gestellt und dazugelernt.

Die Themen Gleichstellung und Chancengerechtigkeit standen bei euch zuoberst auf der Liste. Ihr habt immer die benachteiligten Menschen und ihr Wohl im Blick gehabt. Das soziale Basel soll nicht nur erhalten, sondern ausgebaut werden. Dafür seid ihr eingetreten. Dennoch sollen alle Bevölkerungsteile von unserer Politik profitieren können, was sich exemplarisch an den Positionen zur Wohnpolitik und der Initiative «Kinderbetreuung für alle» zeigt.

Parteiintern waren euch die Menschen wichtig. Alle sollen mitwirken und teilnehmen können. Sitzungen habt ihr stets mit Respekt für alle Meinungen geleitet. Dank euch hielt eine Kampagnendynamik in diese Partei Einzug. Nicht nur die Mitglieder konntet ihr vom Telefonieren überzeugen, sondern auch Aussenstehende. Durch diese neue Dynamik ist der Mitgliederbestand um 19 Prozent auf über 1000 Mitglieder gewachsen seit 2017.

Die Partei hat einen Generationenwechsel im Grossen Rat und in der Regierung vollzogen. Dieser ist dank eurem unermüdlichen Engagement sehr gut geglückt. Mit vorbildlicher und in der Basler Parteienlandschaft einzigartiger Flexibilität und Know-how, mit Unterstützung durch das Seki natürlich, habt ihr ermöglicht, dass wir letztes Jahr trotz Pandemie die Parteiarbeit fortsetzen und einen erfolgreichen Wahlkampf führen konnten. Nicht zuletzt habt ihr massgeblich dazu beigetragen, dass wir in eurer Amtszeit 19 von 24 kantonalen Abstimmungen gewonnen haben. Eure Medienarbeit war souverän und beeindruckend, auch in heiklen Situationen.

Euer Team hat funktioniert, wenn ihr Kampagnen vorbereitet, zusammen Konzepte ausgeheckt oder Sitzungen geleitet habt. Aber ihr wart auch immer für eine gemütliche, lustige Runde zu haben – solange dies live noch möglich war. Ihr habt professionelle Parteiarbeit mit Humor verbunden. Es war schön mit euch zusammenzuarbeiten, Wahlkampf zu machen und zu lachen – danke für alles!

Herzlichst, Tanja

(Tanja Soland, Regierungsrätin)



Pascal Pfister (Präsident 2017–2021), Melanie Nussbaumer (Vizepräsidentin 2020–2021) und Beda Baumgartner (Vizepräsident 2017–2021)

ÄMTERBESETZUNG AN DER JAHRES-DV VOM 19. APRIL 2021

An der Jahres-DV werden jeweils diese Parteiämter besetzt:

- Parteipräsidium
- Parteikassier*in
- Parteivorstand (5)
- Schiedsgericht (5 + 2 Ersatz)
- Delegierte SP Schweiz (7)
- Präsidium, Kerngruppe und Delegierte der SP Migrant*innen

Wenn du dich für ein Amt interessierst, kannst du bei Julia Baumgartner (061 685 90 21 oder julia.baumgartner@sp-bs.ch) erfahren, wie der Anmeldeprozess für das jeweilige Amt ist.

Ausserdem bestätigt die Jahres-DV die Sekretariatsbesetzung, die Sachgruppenpräsidien, die Finanzdelegation der GL, die Redaktionskommission «Links», die SP-Vertretung in der Gesellschaft Gewerkschaftshaus und die Anlaufstelle für sexuelle Belästigung/Mobbing. Die Wahlen für diese Ämter finden gemäss Statuten schon vor der Jahres-DV in verschiedenen Gruppen statt.

AGENDA SP BS

- Montag, 19. April 2021, 19.30 Uhr
Jahres-Delegiertenversammlung
Voraussichtlich online, Stream über die Agenda der Homepage
- Dienstag, 27. April 2021, 20 Uhr
Delegiertenversammlung
Voraussichtlich online, Stream über die Agenda der Homepage
- Samstag, 1. Mai 2021
1. Mai-Aktionen
Hauptsächlich online, evtl. kleinere Aktionen
- Sonntag, 9. Mai 2021
Wahlen der Gerichtspräsidien
Es werden Volkswahlen durchgeführt fürs Appellationsgericht und das Gericht für fürsorgliche Unterbringung. Die Wahlen der anderen Gerichtspräsidien erfolgen in stiller Wahl.

AUS DEM GROSSEN RAT

Existenzsicherung für Kulturschaffende

Die Möglichkeit für Kulturschaffende, eine Ausfallentschädigung zu erhalten, gibt es schon seit Beginn der Pandemie. Was aber, wenn Konzerte, Ausstellungen, Aufführungen gar nicht erst geplant werden konnten? Dann können sie nicht ausfallen und die Ausfallentschädigung ist hinfällig. Aktuell gibt es für die freiberuflichen Kulturschaffenden kaum mehr Möglichkeiten finanziell über die Runden zu kommen. Sämtliche Live-Auftrittsmöglichkeiten wurden wegen der Pandemie verboten, was de facto einem Berufsverbot gleichkommt. Die Not unter meinen Kolleg*innen hat mich zur Interpellation für eine Existenzsicherung für Kulturschaffende bewegt.

Jacqueline Fehr hat mit dem «Zürcher Modell» vorgelegt, um den Missstand zu beheben – ohne Segen des Bundes, weil ihr dessen



Sasha Mazzotti, Grossrätin

Modell u. a. zu «bürokratisch» war. Daraufhin hat Beat Jans mit seinen Mitarbeitenden im Eiltempo das «Basler Modell» entwickelt: weniger Geld als in Zürich, dafür unabhängig vom Bund. Ein der Situation angepasstes, unkompliziertes und temporäres Taggeld für professionelle Kulturschaffende. Für einmal finde ich im «Kantönigeist» einen Vorteil. Manchmal können Ideen im Kleinen schneller, individueller und zielgerichteter umgesetzt werden. Unser Vorgehen hatte Erfolg: Der Bund kam unter Druck und musste nachziehen.

Den Kulturschaffenden, die nachweislich nichts verdienen können, wegen des faktischen Berufsverbots, wird mit dieser Lösung eine unbürokratische, temporäre Existenzsicherung ermöglicht. Wer meint, Kulturschaffende hätten keinen richtigen

Beruf, und denkt, sie sollten besser was «Anständiges» lernen, die frage ich, ob sie denn selber gar keine Kultur brauchen? Musik hören, Musik runterladen? Einen Film streamen? Die künstlerisch hochwertigen Laternen an der Fasnacht bewundern? Sich nach einer gelungenen Theateraufführung beschwingt oder nachdenklich fühlen?

Das alles und viel mehr wird erschaffen von Menschen, die es sich zum Beruf gemacht haben, uns kulturelle Erlebnisse und Auseinandersetzung zu verschaffen in ihrer ganzen Vielfalt. Einige werden diese Pandemie beruflich nicht überleben. Mit dem «Basler Modell» versuchen wir nun sicherzustellen, dass uns über die Pandemie hinaus wenigstens eine gewisse Vielfalt an Kultur erhalten bleibt.

AUS DEM LANDRAT

Mindestlohn auch im Kanton Baselland

Gemäss dem Baselbieter Armutsbericht leben in unserem Kanton 4,8% «working poor». Wer arbeitet, soll aber von seinem Verdienst leben können! Darum brauchen wir einen Mindestlohn. Die rechtliche Situation in der Schweiz erlaubt es, dass aus sozialpolitischen Gründen ein Mindestlohn verlangt wird. Dieser ist von verschiedenen Variablen abhängig und sollte über dem durch die Sozialhilfe gewährleisteten Einkommen liegen.

Es ist zynisch zu sagen, dass Arbeitsplätze gefährdet wären, würde ein Mindestlohn eingeführt. Ist denn der Staat dazu da, indirekt Firmen zu subventionieren, die den Arbeitnehmenden einen Lohn bezahlen, von dem diese nicht leben können und der deshalb vom Staat ergänzt werden muss? Ist das der viel gerühmte freie Markt? Mit wel-

chem Recht wird gesagt, dass es in Ordnung sei, wenn ungelernete Personen einen Lohn verdienen, der nicht zum Leben reicht?

Wir gehen für das Baselbiet von einem allfälligen Mindestlohn von 21 Franken pro Stunde aus, pro Monat ergibt das nicht einmal 4000 Franken. Das ist kein Luxus, sondern tatsächlich ein Minimum!

Auch wenn die wissenschaftlichen Daten unsicher sind, zeigt sich in den Kantonen, welche bereits einen Mindestlohn eingeführt haben, kein wirtschaftlicher Nachteil. Dafür ist ein Rückgang der Zahl Sozialhilfe-Beziehenden festzustellen. Möglicherweise werden sogar Arbeitsplätze frei, da die Betroffenen nicht mehr auf den Lohn von zwei Arbeitsstellen angewiesen sind. Bei einem Grossteil der Menschen, welche aktuell weniger als



Pascale Meschberger, Landrätin

21 Franken pro Stunde verdienen, dürfte es sich um Frauen handeln. In einer Gesellschaft, die die Gleichstellung ernst nimmt, kann dies nicht geduldet werden. Die Wirtschaft darf sich ihrer Verantwortung nicht länger entziehen.

Aus diesen Gründen hat die SP-Fraktion auch im Kanton Baselland eine Motion eingereicht, mit der der Regierungsrat verpflichtet wird, das minimale Einkommen zu berechnen und die rechtlichen Grundlagen für einen Mindestlohn zu schaffen. Wir bleiben mit unserer Forderung bescheiden, denn es ist uns bewusst, dass dieses Anliegen im bürgerlich dominierten Kanton einen schweren Stand haben wird.

Aber ein gesetzlich festgelegter Mindestlohn ist ein wirksames Mittel, um Armut zu bekämpfen!